

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Demer, Berlin SW 61, Lentzestraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung  
Dr. Otto Kradel, Berlin-Friedenau, Mühlstraße 2 • Druck: Westring-Druckerei G. m. b. H., Berlin-  
Lichterfelde, Mühlstraße 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzel-  
nummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. B. g. • Alle Zuschriften  
sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarastraße 0914) zu richten

Nr. 14

Berlin, den 15. Juli 1936

17. Jahrgang

## Polens Danziger Chance

In der Rede, die der Danziger Senatspräsident Greiser am 4. Juli d. J. in Genf gehalten hat, ist zunächst nur die eine, vollauf berechtigte Forderung aufgestellt worden, daß die unerschämten Einmischungsmethoden des derzeitigen Völkerbundskommissars endlich eingestellt werden; und es ist in ihr mit der gebotenen Deutlichkeit festgestellt worden, daß Sean Lester als Beauftragter der Genfer Institution und als Schutzpatron der staatsfeindlichen Opposition für die politischen Ausschreitungen der letzten Zeit, der drei Danziger Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, die moralische Verantwortung trägt. Worauf es ankommt, hat Senatspräsident Greiser am 8. Juli noch einmal erläutert: „Sollten in Zukunft noch einmal reinnerspolitische Vorgänge vor dem Forum des Völkerbundes erörtert werden, so wird die Freie Stadt Danzig es ablehnen, an einer solchen Diskussion teilzunehmen. Bei allen anderen Angelegenheiten, die die Freie Stadt interessieren, wird sie jede Möglichkeit wahrnehmen, eingeschaltet zu werden.“

Die Weigerung der Danziger Regierung, sich in Zukunft noch einmal von irgendeinem aufdringlichen Eindringling volks- und staatsfremder Instanzen in ihre innerstaatlichen Angelegenheiten hineinzuden zu lassen, ist unwidererflüch. Damit wird sich der Völkerbund, wenn auch nicht heute, so doch morgen, ebenso abfinden müssen, wie er seiner Zeit die entsprechende Aufkündigung der polnischen Mitarbeit an der Durchführung des Minderheitenschutzabkommens von 1919 geschluckt hat. Hierzu ist an sich eine Revision des Danziger Statuts nicht nötig. Denn das Recht, als Garant der Danziger Verfassung der Regierung der Freien Stadt in innerpolitischen Angelegenheiten Vorschriften zu machen, hat der Völkerbund erst auf Grund einer willkürlichen Auslegung des Status für sich in Anspruch genommen. Er hat auf diese Weise eine Lage geschaffen, gegen deren unerträglichen Folgen sich jede auf die Wahrung ihrer Autorität bedachte Regierung ganz entschieden zur Wehre setzen muß.

Das hat Senatspräsident Greiser getan. Vom Völkerbundsrat aber ist selbst diese minimale Forderung des Danziger Regierungschefs in verletzender Form abgelehnt worden. Ostentativ haben die Mitglieder des Rates Sean Lester ihres uneingeschränkten Vertrauens versichert, — ein Vorgang, den man nicht anders als eine geschmacklose Demonstration gegen das primitivste Selbstbestimmungsrecht des Danziger Deutschtums ansprechen kann. Es ist zu bemerken, daß hierbei auch der polnische Außenminister durch ein spezielles Lob für Sean Lester mitgewirkt hat. Man ist sich in Genf also wieder einmal einig gegen Danzig gewesen. Es ist aber wohl klar, daß eine Angelegenheit, an der auch Deutschland sehr stark interessiert ist, heute nicht mehr durch irgendeinen Genfer Beschluß so einfach bei Seite gelegt werden kann. Die Rückkehr Sean Lesters nach Danzig scheint geradezu

die Gewähr dafür zu bieten, daß es zu keiner Normalisierung des Verhältnisses zwischen Danzig und dem Völkerbund kommt.

Das aber hat zur notwendigen Folge, daß über kurz oder lang die weitergehenden Vorschläge des Senatspräsidenten, die auf eine gründliche Revision oder gar völlige Beseitigung des Danziger Statutes abzielen, doch ernstlich zur Diskussion gestellt werden müssen. Es liegt dabei nahe, daß der Völkerbund in einem solchen Falle die polnische Regierung mit der „Wahrnehmung seiner Interessen“ in Danzig beauftragt. Er hat schon im Januar dieses Jahres einen ersten Schritt in dieser Richtung getan, indem er damals die Hoffnung aussprach, daß sich die polnische Regierung bereit halten werde, dem Völkerbunds-Kommissar im Bedarfsfalle bei der Durchführung der Ratsbeschlüsse behilflich zu sein. Der Auftrag, den Oberst Beck dieses Mal vom Völkerbund entgegengenommen hat, bezieht sich vorerst nur auf den sogenannten Kreuzerkonflikt, in dem sich der polnische Außenminister zur diplomatischen Vermittlung zwischen der Reichsregierung und dem Völkerbunds-Kommissar bereit erklärt hat. Die ausgesprochen unfreundliche Gesinnung aber, die die polnische Presse Danzig gegenüber in seinem Konflikt mit dem Völkerbund an den Tag gelegt hat, macht es in hohem Maße wahrscheinlich, daß sich die polnische Regierung auch gegen jeden anderen Auftrages mit Eifer annehmen wird. Sie wird das tun nicht etwa aus „Treu“ zum Völkerbund, dessen Meinung ihr in anderen Fällen höchst gleichgültig ist, sondern weil sie in jedem Zerwürfnis zwischen der Freien Stadt und der Genfer Institution eine Chance für Polen erblickt, dessen Wille zur völligen Eingliederung Danzigs in die Warschauer Machtosphäre durch den Gewaltverzichtsapakt mit dem Deutschen Reich nicht im geringsten berührt und dessen Geltungsbedürfnis durch die verschiedenen Vereinbarungen über die wirtschaftlichen und volkspolitischen Rechte der Polen in Danzig noch lange nicht zufrieden gestellt worden ist.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die polnische Presse aller Schattierungen sich mit einer in anderen Fragen selten zu erzielenden Einmütigkeit für eine Erweiterung der polnischen „Hoheitsrechte“ über Danzig eingesetzt hat. Unterschiede hat es in den polnischen Pressekommentaren nicht in der grundsätzlichen Einstellung zu Danzig, sondern nur in der Formulierung der Forderungen gegeben. Am unverblümtesten ist die polnische Auffassung der Danziger Frage natürlich wieder in der nationaldemokratischen Presse zum Ausdruck gekommen. Die der Regierung nahestehenden Blätter haben sich weniger kraß, aber im Prinzip doch in dem gleichen Sinne geäußert. So hat der „Gypresz Poranny“ geschrieben: Die Rechte, die Polen gegenwärtig in Danzig besitze, seien „das Minimum dessen, was es dort zu beanspruchen habe“. Wenn irgend eine Aenderung des Statuts der Freien Stadt stattfinden sollte, so müßte sie sich „in der Richtung einer stärkeren Verbindung Danzigs mit Polen“ vollziehen. Durch die gegenwärtige Regelung heißt es dann weiter, seien die polnischen Rechte in Danzig nicht genügend sicher gestellt: Die Selbständigkeit der Danziger Währung sei „ein Hindernis für die Zusammenarbeit Danzigs mit Polen“; die Sicherheit der Polen in Danzig sei „nicht ausreichend verbürgt“ usw. Auch in dem offiziellen Organ des polnischen Außenministers, der „Polska Informacja Polityczna“ lehrt die Feststellung wieder, daß Polen im Falle einer Aenderung des Danziger Statuts eine Reihe von Forderungen in den Fragen anmelden müsse, deren gegenwärtige Regelung den Interessen des polnischen Staates nicht genüge. Ebenso heißt es in der halbamtlichen Mitteilung über die Unterredung des diplomatischen Vertreters Polens mit dem Danziger Senatspräsidenten, daß Polen kein grundsätzlicher Gegner einer Revision der Beziehungen Danzigs zum Völkerbund sei, daß es aber, falls es zu einer solchen Revision kommen sollte, anstelle derjenigen Garantien, die dann nicht mehr durch den Völkerbund wahrgenommen werden könnten, neue und erweiterte Garantien für sich beanspruchen müsse.

Diese Mitteilung ist interessant. Sie bedeutet, daß Polen bereit ist, im Auftrag des Völkerbundes mit der Freien Stadt zu verhandeln, daß es u. U. auch nichts dagegen hat, wenn die bisherigen Bindungen der Freien Stadt an den Völkerbund abgeschafft werden, daß es aber — und das ist der springende Punkt — darauf spekuliert, daß es selber in diejenigen Rechte eingesetzt wird, die bisher dem Völkerbund zustehen oder die dieser

sich der Freien Stadt gegenüber in willkürlicher Auslegung des Statuts angemacht hat. Das heißt: Polen möchte das Danziger Erbe des Völkerbundes antreten. Es möchte das „Protectorat“ über die Freie Stadt übernehmen. Es möchte sich in einem Falle, in dem es selber Partei ist, die Rolle des Richters zuschieben lassen.

Es ist klar, daß die Danziger Angelegenheit durch ein solches Verfahren einer befriedigenden Lösung nicht zugeführt werden könnte. Im „Völkischen Beobachter“ ist sehr richtig festgestellt worden, daß die Danziger Frage nach dem Beweise der Untauglichkeit des Versailler Systems, dem Frieden zu dienen, nicht mehr in die Weltpolitik, sondern höchstens in eine deutsch-polnische Aussprache gehört. Für Deutschland kann ein Auftreten Polens in der Danziger Frage nur dann tragbar erscheinen, wenn dieses nicht als Beauftragter des Völkerbundes auftritt, sondern frei von seinen Genfer Bindungen sich mit Deutschland an einen Verhandlungstisch setzt. Es ist von Danziger Seite schon oft und noch einmal im Zusammenhang mit dem Genfer Konflikt in bindender Form zugesagt worden, daß die Lage des polnischen Volkspolitikers und die wirtschaftlichen Belange Polens in Danzig von allen Aenderungen, die sich etwa im Verhältnis Danzigs zum Völkerbund einstellen sollten, unberührt bleiben. Polen kann sicher sein, daß diese von der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt gegebene Zusage auch von der Regierung des Deutschen Reiches als gegeben anerkannt wird. Polens Danziger Chance liegt in der Garantie seiner Danziger Belange durch Deutschland. Dr. R.

## Die Bauern marschieren

In einer Reihe politischer Massenkundgebungen hat die zum herrschenden Regierungssystem in Opposition stehende Volkspartei im Laufe der letzten Monate ihre Macht demonstriert. Das Schwergewicht dieser Partei liegt in West- und Mittelsgalizien und in den südlichen Teilen Kongresspolens. Die Partei hat ihre Anhänger straff in der Hand. Sie ist, trotzdem sie seit dem Maiumsturz von 1926 keinen Anteil mehr an der Führung des Staates besitzt, ein Faktor, von dem man annehmen kann, daß er eines Tages wieder eine Rolle im staatlichen Leben Polens zu spielen bestimmt ist. Sie ist die Partei der polnischen Bauern, und die polnischen Bauern, die zwei Drittel des polnischen Volkes ausmachen, sind die Grundlagen des polnischen Staates. Das sind Dinge, die in ihrer politischen Bedeutung auch von den maßgebenden Männern des Regierungslagers anerkannt werden. Der polnische Staat ist nur sicher im Volke verwurzelt, wenn er sich auf die Bauern nicht nur biologisch, sondern auch politisch aufbaut. Das gibt der Volkspartei gegenüber dem Regierungslager eine im Vergleich zur Nationaldemokratischen und zur Sozialistischen Partei verhältnismäßig starke Position, eine Position, die mit bäuerlicher Hartnäckigkeit und diplomatischer Geschicklichkeit von dem Parteiführer, dem ehemaligen Sejmmarschall Kataraj, ausgenutzt wird. Diese Position ist um so stärker, als die Partei trotz ihrer radikaler gewordenen Einstellung vom Regierungslager im Grunde als staatsbejahend und patriotisch anerkannt werden muß.

Der Ursprung der Volkspartei liegt in Galizien. Dort wurde vor dem Kriege von dem Großbauern Wincenty Witos eine Bauernpartei ins Leben gerufen, die sich nach Piasz, dem sagenhaften Stammvater des ersten über die polnischen Stämme herrschenden Fürstengeschlechtes, benannte. Die Führer dieser Partei sind immer Bauern gewesen, im Gegensatz zu einigen anderen bäuerlichen Gruppen, die nach der Errichtung des polnischen Staates vor allem in Kongresspolen entstanden und teilweise von städtischer Intelligenz geführt wurden. In den ersten Jahren nach dem Kriege spielten die verschiedenen Bauernparteien — trotz starker Unterschiede in ihrer politischen Haltung — im öffentlichen Leben Polens eine beträchtliche Rolle. Die stärkste und nach rechts tendierende Gruppe war die „Piasz“, deren Führer, Witos, dreimal Ministerpräsident war. Witos war es auch, der im Mai 1926 Regierungschef war, als Marschall Pilsudski gegen Warschau marschierte. Der Maiumsturz wurde zunächst von einer Reihe mehr links eingestellter bäuerlicher Gruppen mit unterstützt. Diese zogen sich aber, ebenso wie die Sozialisten, sehr bald enttäuscht von dem neuen Regierungslager zurück, als dieses Anlehnung bei den großgrundbesitzenden Konservativen suchte und fand.

Die Wirtschaftspolitik der Nachmairegierungen stand im Zeichen der Industrieförderung. Die Fortführung der Siedlungaktion wurde von den in agrarischen Dingen maßgebenden großgrundbesitzenden Kreisen gebremst. Die agrarpolitischen Maßnahmen kamen, wie vor allem die Exportprämien und die Preisstützungsaktionen, in erster Linie der Getreideerzeugung des Großgrundbesitzes zugute. Die Preissphäre öffnete sich. Das Dorf verarmte. Die Verelendung der Bauern drohte zu einer politischen Katastrophe zu führen. Die Bauern standen bei aller Verehrung, die sie der Person des Marschalls entgegenbrachten, zum herrschenden Regierungssystem in erbitterter Opposition. In diese Zeit des rasch fortschreitenden Niederganges der bäuerlichen Wirtschaft fiel der Versuch eines geschlossenen Angriffs der Opposition auf das Regime; 1930 schlossen sich verschiedene Bauernparteien zur Volkspartei zusammen. Zu deren Führer wurde wieder Witos gewählt. Es kam zu einer politischen Zusammenarbeit mit den Sozialisten, zum Krakauer Kongreß des „Zentrolen“. Die Entwicklung schien auf eine gewaltsame Rückkehr der Opposition in die Macht hinzudrängen. Aber es kam nicht so weit. Die Oppositionsführer wurden in Brest Litowsk eingesperrt und in einem rigoros durchgeführten Prozeß zu Freiheitsstrafen verurteilt. Als sie die Strafen verbüßen sollten, gingen sie z. T. ins Ausland, unter ihnen Witos und einige andere maßgebende Führer der Bauernpartei. Mit der politischen Aktivität dieser Partei war es nach diesem Zusammenbruch vorerst vorbei. Das Regierungslager erneuerte mehrfach seine Versuche, einzelne führende Mitglieder der Partei zu sich herüber zu ziehen. Diese Versuche hatten Erfolg. Aber die Partei war auf diese Art nicht zu erschüttern; denn die Bauern leisteten den Sezessionisten keine Gefolgschaft.

Nach dem Tode des Marschalls begann für die oppositionellen Parteien eine Zeit verstärkter Aktivität. Auch die Volkspartei ging erneut zum Angriff über. Aus der Opposition heraus erzwangen die Bauern, die sich zusehends radikaleren Ideen zuwandten, einen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Die landwirtschaftliche Entschuldung wurde unter besonderer Berücksichtigung des Kleinbesitzes weiter entwickelt; die Ausfuhrförderung stellte sich allmählich auch auf die Erzeugnisse der Viehzucht um und kam dadurch in verstärkter Maße auch den Bauern zugute. Die Frage einer beschleunigten Aufteilung des Großgrundbesitzes wurde wieder akut. Der aus dem bäuerlichen Lager hervorgegangene Poniautowski wurde Landwirtschaftsminister. Und nach den amtlichen Feststellungen begann sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft langsam zu heben. Der Bauer freilich merkte davon nur sehr wenig.

Die wachsende Unzufriedenheit des Dorfes äußerte sich in einer politischen Radikalisierung nach links. Die Volkspartei verstand es, sich diese aktivistischen Strömungen, von der namentlich die jungbäuerlichen Kreise erfaßt wurden, zunutze zu machen. Sie paßte ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen den sich verschärfenden sozialen Stimmungen an, wie sie auch den zunehmenden antisemitischen Regungen des Dorfes in mancher Hinsicht Rechnung zu tragen versuchte. Ihre Grundlage in den bäuerlichen Massen befestigte sich, und heute ist sie preislos diejenige Gruppe in Polen, die die größten Massen zu politischen Demonstrationen aufzubieten vermag.

Das Regierungslager scheint einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber zu stehen. Und die Partei selber erhebt immer lauter den Ruf nach Beteiligung an der Führung des Staates. Aber es ist noch nicht abzusehen, ob und in welcher Form es zu einer Zusammenarbeit der Regierung mit der Volkspartei kommt. Die Partei lehnt das herrschende Regime eindeutig ab. Sie verlangt auf politischem Gebiet eine grundlegende Reform des Wahlrechtes; sie fordert eine Redemokratisierung des staatlichen Lebens; die Durchführung von Neuwahlen auf der Grundlage der alten Parteien. Sie übt scharfe Kritik an der „deutschfreundlichen“ Außenpolitik des Obersten Beß und verlangt eine Wiedereinschaltung Polens in das französische Bündnisystem. Mit den Nationaldemokraten verbindet sie ihre gemäßigt antisemitische Haltung und ihre kleinkale Tendenz. Mit den Sozialisten hat sie ihre demokratischen Ideen gemein.

Von diesen Gesichtspunkten aus muß man ein Ereignis betrachten, das sich vor kurzem in einem kleinen galizischen Dorf im Bezirke Przeworsk abgespielt hat. Dort, in Nowosielce, wurde zu Ehren eines polnischen Bauern, der vor einigen Jahr-

hundertern an der Spitze seiner Vorgesetzten einen tatarischen Einfall abgewehrt hatte, in feierlicher Form ein Erdhügel aufgeschüttet. Zu der Kundgebung, an der etwa 150.000 Bauern teilnahmen, waren auch Abteilungen der Wehrmacht und die Spitzen der Armee mit dem Generalinspekteur Rndz-Emigly erschienen. An diesen wandte sich einer der Führer der Volkspartei in einer politisch äußerst interessanten und bezeichnenden Rede: „Wie sind uns heute“, so sagte er, „unserer Pflichten dem Staate gegenüber bewußt. . . Doch als Miteigentümer des Staates haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber mit zu entscheiden, wie dieser Staat beschaffen sein und welche Wege er einschlagen soll. Wir haben die Pflicht, zu rufen, daß die Zurückdrängung der Bauernmassen von der angemessenen Teilnahme an den politischen Angelegenheiten und die Entziehung der politischen Rechte sich im Staatsleben gerade dann gefährlich auswirken können, wenn die Opferwilligkeit der Bauern, ihr Blut und ihr Leben, verlangt wird. Wir wollen die Teilnahme der Armee an dieser Feier zu Ehren des Bauernhelden Michael Pysz als eine Verheißung hinnehmen, daß ein besseres Verständnis als bisher für die Dinge Platz greifen wird, die die Masse der Bauern begehrt.“ Und der Redner schloß mit dem Rufe: „Es lebe die polnische Republik! Es lebe die starke polnische Armee! Es lebe die Volkspartei! Wir verlangen die Rückkehr Wicenty Witos' und seiner Genossen!“

Dann wurden dem Generalinspekteur die schriftlich formulierten Forderungen der Volkspartei überreicht. Die Partei hat durch diesen wohlberechneten Schachzug ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem heute stärksten Faktor des öffentlichen Lebens in Polen, dem General Rndz-Emigly, zum Ausdruck gebracht, zugleich aber die Bedingungen unterbreitet, von deren Erfüllung sie ihre Mitarbeit abhängig zu machen gedenkt. Man erwartet, daß Rndz-Emigly gelegentlich der nächsten Tagung des Regionärverbandes, die im August stattfinden wird, auf die Demonstration von Nowosielce antworten wird. Die Bauern marschieren.

## Polen und der Randstaatenblock

Im Rigaer Pakt von 1934 haben Estland, Lettland und Litauen eine engere Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet herzustellen versucht. Es hat seitdem vier Konferenzen der „baltischen“ Außenminister gegeben. In der Ähnlichkeit der geographischen Lage und in der annähernden Gleichwertigkeit nach Flächenausdehnung und Bevölkerungszahl sind gewisse äußere Voraussetzungen für eine gemeinsame Außenpolitik dieser am Rande raumweiter Großmächte gelegenen Kleinstaaten gegeben, deren Bestand weniger auf der eigenen Kraft, als auf der Konkurrenz der größeren Nachbarn beruht. Man wird feststellen können, daß die Frage einer Entente oder auch einer Union der Randstaaten eine Angelegenheit ist, die nicht allein die Politiker der drei unmittelbar beteiligten Länder beschäftigt. Doch ist die Gemeinsamkeit zwischen Reval, Riga und Kaunas bisher nur so weit gediehen, daß sie zu einem einigermaßen geschlossenen Auftreten in gewissen politischen Prinzipienfragen ausreicht. Das heißt: die drei Staaten sind sich im wesentlichen einig darüber, daß „der Friede nicht geteilt“ werden soll, daß „nichts über sie ohne sie“ bestimmt werden soll, und daß der, der zu schwach zur Selbstverteidigung ist, durch ein „System der kollektiven Sicherheit“ geschützt werden soll. Darüber aber, wie diese gemeinsam anerkannten Prinzipien in die Praxis umgesetzt werden sollen, gehen die Meinungen der drei Regierungen noch weit auseinander.

Die „Zusammenarbeit“ der Außenminister hat an der Tatsache noch nichts geändert, daß jeder der drei Randstaaten seine eigene außenpolitische Orientierung verfolgt und seine besonderen Freundschaften pflegt, die sich mit den Absichten und Interessen der beiden anderen zumeist nicht vereinbaren lassen. Vor allem geht Estland seine eigenen Wege. Es ist zwar der nach Fläche und Volkszahl kleinste der drei baltischen Staaten. Aber es hat vor den beiden andern das eine voraus, daß es in seiner Außenpolitik von einer verhältnismäßig gesunden innerpolitischen Grundlage ausgehen kann. Während in Lettland und Litauen der bolschewistische Einfluß, ohne auf einen wirklich wirksamen Widerstand der herrschenden Schichten zu stoßen, auf

breiter Front vordringt, hat in Estland der gesunde politische Instinkt der Bevölkerung diese Gefahr überwunden. Als ein Staat, der kaum 10 v. H. fremdösischer Einwohner hat, ist Estland in wesentlichen von den volkspolitischen Belastungen frei, denen Lettland z. B. durch das lettgalische Problem und Litauen u. a. durch die Memelfrage ausgesetzt sind. In völkischer Beziehung steht Estland den einander verwandten Letten und Litauern fern; seine verwandtschaftlichen Beziehungen verweisen es auf die nördlich benachbarten Finnen. Der einzige Gegner, den es fürchtet, ist Moskau, das schon einmal im Revolver Kommunistenputsch von 1926 die Grundlagen der estländischen Selbständigkeit zu erschüttern versucht hat. Es ist daher sein verständlicher Wunsch, Anlehnung bei all den Staaten zu finden, die als Nachbarn der Sowjetunion eine gemeinsame Abwehr der Moskauer Westpolitik für erforderlich halten. So steht Estland den skandinavischen Neutralen, zu denen ja auch Finnland gehört, näher als seine „baltischen Freunde“ und es steht seinem Partner Litauen ferner als dem polnischen Staat. Während es aber mit seiner Verantwortung einer Anlehnung der Randstaatenengruppe an die Gruppe der nordischen Staaten bei diesen auf eine gewisse Zurückhaltung löst, findet es mit seiner Forderung einer Erweiterung des Randstaatenbundes nach Süden die uneingeschränkte Zustimmung Polens.

Der estländische Außenminister Dr. Akel hat sich bei seinem Amtsantritt am 25. Juni d. J. ausdrücklich zu einer engeren Zusammenarbeit mit Polen bekannt: „Schon zu Beginn des Jahres 1922 ist zwischen Finnland, Estland, Lettland und Polen das sogen. Warschauer Abkommen abgeschlossen worden, das aus von uns unabhängigen Gründen nicht in Kraft getreten ist. Das Gefühl der Freundschaft dem polnischen Volk gegenüber ist bei uns von Jahr zu Jahr gewachsen und reale Erwägungen sprechen dafür, daß die auf die Sicherung des Friedens hinzielende Zusammenarbeit mit Polen zu einer Hebung des politischen Gewichts der baltischen Staaten führen muß. Aus diesen Gründen wünschen wir eine Ausdehnung der Zusammenarbeit der baltischen Staaten auch auf Polen.“ Es versteht sich von selbst, daß ein derartiger Gedanke von Litauen mit voller Entschiedenheit abgelehnt wird. Eine gemeinsame Außenpolitik wird von litauischer Seite nur zwischen den drei Randstaaten für möglich gehalten; die Bereinigung der Wilnafrage, die Wiederergutmachung des dem litauischen Volk von Polen zugefügten Unrechts, wird als die unerläßliche Voraussetzung für die Zustimmung Litauens zu einer Einbeziehung Polens in den Kreis der baltischen Staaten bezeichnet.

Estland und Litauen sind gewissermaßen die politischen Gegenspieler innerhalb des Randstaatenbundes. Beide Staaten gehen von entgegengesetzten Gesichtspunkten an die praktische Verwirklichung der von ihnen gemeinsam anerkannten Prinzipienfragen heran. Estland will sich mit polnischer Hilfe vor der Bedrohung durch die Sowjetunion schützen, und Litauen sucht bei derselben Nacht Schutz vor der polnischen Drohung. Der eine sieht im Freund des andern seinen Feind. Das ist ein Zustand, durch den u. U. der ganze Randstaatenblock in Frage gestellt werden kann. Denn es ist sehr wahrscheinlich, daß im Falle eines Fortdauerns der anormalen Verhältnisse an der litauisch-polnischen Grenze die von Estland erstrebte Einbeziehung Polens in die Zusammenarbeit der „baltischen“ Staaten mit dem Verzicht auf eine Verwirklichung des Randstaatenbundes erkauft werden muß. Es hat den Anschein, daß sich die führenden Kreise Estlands mit diesem Gedanken bereits verteauf gemacht haben. Es verdient jedenfalls festgehalten zu werden, daß General Paldoner in seiner Rede, die er aus Anlaß des polnischen Nationalfeiertages am 3. Mai dieses Jahres in Reval gehalten hat, ziemlich deutlich von Litauen abgerückt ist und zugleich in sehr bestimmter Form festgestellt hat, daß Estland sich Polen „mit vollem Vertrauen“ zuwende.

Diese polenfreundliche Einstellung ist zu verstehen. Aber es scheint, daß man sich die Folgerungen, die sich aus einer solchen Einstellung ergeben, in Estland noch nicht völlig klar gemacht hat. Auf der einen Seite wünscht man „eine Ausdehnung der Zusammenarbeit der baltischen Staaten auf Polen“; auf der anderen Seite aber verkündet man die „baltische Neutralität“ als ein Hauptziel der Außenpolitik Estlands. Man wird jedoch zugeben müssen, daß sich beides nur schwer mit einander vereinbaren läßt. Denn ein Kleinstaat wie Estland gibt dadurch, daß er sich an einen der größeren Staaten besonders eng bindet, jene Umgebendheit preis, die notwendig ist, um ihn durch einen gemeinsamen Akt der Großmächte zu neutralisieren. Mit einer engeren Bindung an Polen

wird Estland in allen Streitfragen, die Polen durchkämpft, Partei. Es hat vielleicht Aussicht, von den Erfolgen der polnischen Politik zu profitieren; aber es setzt sich bestimmt auch der Gefahr aus, das Opfer von Mißerfolgen der Politik seines größeren Freundes zu werden. Polens Vordringen ins Baltikum bedeutet das Ende des Gedankens einer baltischen Neutralität. Man sollte sich das in Estland genau überlegen. Dr. R.

## Vom Deutschtum in Polen

Vor einiger Zeit hielt ein Mitglied der Jungdeutschen Partei, Bruno Schulz-Wollstein, in Kortomitz einen Vortrag über die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des Deutschtums in Polen. Es ist noch all den unangenehmen Dingen, die sich während der letzten Jahre in den Reihen des Deutschtums in Polen abgespielt haben, ein erteilliches Zeichen, daß der Wertlaut dieses Vortrages auch in einem Teil der nicht im jungdeutschen Lager stehenden deutschen Presse Polens veröffentlicht wurde. Bruno Schulz hat in seinem Vortrag Ausführungen über die Notwendigkeiten der geistigen Grundhaltung der deutschen Volksguppe in Polen gemacht, die es verdienen, festgehalten zu werden. Er führte zu diesem Thema u. a. folgendes aus:

Unser Volk hat bei seinen mehr als 100 Millionen Angehörigen den verhältnismäßig kleinsten Lebensraum unter allen Völkern der Welt. Auch wir Deutsche in Polen dürfen an dieser harten Erkenntnis nicht vorübergehen; das fällt uns freilich sehr schwer, weil wir die jüngste deutsche Minderheit im Auslande sind. Viele wollen heute noch nicht begreifen, daß darin nicht nur unser Schicksal, sondern auch unsere Aufgabe liegt. Wir müssen endlich von der Notwendigkeit durchdrungen sein, auf eigenen Füßen zu stehen. Voraussetzung dafür ist aber: die Erkenntnis unserer Lage und der Wille, auf der gegebenen Grundlage zu arbeiten und unser Haus zu errichten. Dieses Haus wird freilich kein Steinpalast, sondern ein sehr einfaches Kolonistenhaus sein. Aber Fähigkeit und Sparsamkeit können es von Jahr zu Jahr wohlhablicher machen. Freilich: wer Kolonist sein will, darf nicht mit der Heimat, mit Deutschland, vergleichen. Er darf sich nicht als verlorren vorkommen, sondern er muß im Kolonistendasein seine Aufgabe erblicken, die er mit dem Einsatz aller seiner Kräfte und auf lange Sicht zu bewältigen hat. Und er muß wissen, daß er sich auf seinen Nachbarn verlassen kann. Die alte Heimat ist uns nahe, wir können zu viel vergleichen, und wir Älteren vergleichen auch noch mit dem, was in der Vergangenheit war. Die seelische Leistung der inneren Umstellung auf die auslandsdeutsche Aufgabe ist die schwerste, aber auch die unerlässlichste Voraussetzung für die wirtschaftliche Aufbauarbeit. In der Schaffung dieser Voraussetzung liegt für uns die Aufgabe des völkischen Sozialismus. Wer nicht völkisch, sondern nationalstaatlich denkt, der schafft es nicht, der wird sich nur in Deutschland wohl fühlen und nur dort seine Aufgabe sehen. Wer aber weiß, daß der Nationalsozialismus gerade von der Idee des Volkes ausgeht, der darf nicht zögern, im Kampf für das Leben seines Volkes die Stellung zu beziehen, die ihm zugeteilt wird, mag diese Stellung auch schwer zu halten und unbequem sein. Das Bewußtsein, seinem Volke zu dienen, muß ihm Kraft und Begeisterung für seine Aufgabe geben. Wenn der Nationalsozialismus vom Fronterlebnis ausgeht, so ist Frontgerinnung am meisten notwendig für die, die in ihres Volkes vorderster Front, d. h. fern vom Mutterland als Bürger fremder Staaten um ihr Dasein kämpfen. Wem das als Phrase erscheint, der hat noch nichts vom völkischen Sozialismus begriffen und der ist auch nicht fähig, am Aufbau seiner Volksguppe mitätig zu sein. Denn ohne diese Idee wären alle Opfer, die wir vom Einzelnen fordern, sinnlos und zwecklos. Und es wäre für jeden das Klügste, wenn er sich dahin zurückzöge, wo seinem Daseinskampf der geringste Widerstand droht, d. h. in der Etappe der Heimat. Passive Deutsche, Zuschauer in unserem Kampf, können wir nicht brauchen; sie demoralisieren und müssen als Deutsche abgestoßen werden. Schluß mit dem „Uns treiben lassen!“ Alle Mann an die Arbeit! Halten, was noch zu halten ist und im übrigen neue Stellungen beziehen, die gehalten werden können — aber nicht drüben in Deutschland, sondern hier im Lande!

# Die Tschechei: Vorhut des Bolschewismus

Das Bündnisystem der Tschechoslowakei ruht auf drei Pfeilern: Frankreich, Kleine Entente und Rußland. Ein Blick auf die Karte genügt, um festzustellen, welche wichtige Rolle die Tschechoslowakei insbesondere im Paktdreieck Paris—Prag—Moskau spielt. Sie ist ein Brückenpfeiler. Prag liegt in der Mitte Europas. Die Kleine Entente hat mit Deutschland unmittelbar nichts zu tun. Das Paktsystem Prag—Paris—Moskau, vor allem aber jenes Prag—Moskau, stellt jedoch eine unmittelbare Bedrohung des Reiches und ganz Mitteleuropas dar, das militärisch wie weltanschaulich in die Länge genommen wird. Man wird an die Hussiten- und Türkenkriege erinnert. Heute ist die Gefahr nicht geringer: Wegen des Deutschen Reich haben sich die Ideen der französischen Revolution, der Gegenreformation, des Hussitentums und des Bolschewismus erhoben.

Im Leben der Völker spielen nicht nur nüchterne Erwägungen, sondern auch Gefühle eine Rolle. Diese weitaus mehr, da sie raffisch bedingt und daher nahezu unwandelbar sind. Der Tscheche muß als Hussit begriffen werden. Hierin liegt eine gewisse Geistes- und Gefühlswandtschaft mit dem Bolschewismus. Das Hussitentum war keine aufbauende, sondern eine zerstörende Kraft. Er muß auch als Panflawist begriffen werden. Rußland ist und bleibt für ihn das „slawische Mütterchen“, möge es sich auch nicht mehr im Prunkkleid der Zaren, sondern in der roten Loga der kommunistischen Weltverbesserer präsentieren. Er muß schließlich als Feind des Deutschen begriffen werden. Das ist der Sinn, den das tschechische Volk selbst seiner Geschichte gibt. Darum hält man in der Tschechei gegenwärtig nicht mehr viel von den Przemysliden, welche sich im mittelalterlichen Reiche mit einer Teilselbständigkeit begnügten, sondern pflegt lieber die Erinnerung an die „glanzvolle“ Hussitenzeit, d. h. die offene Empörung und Feindschaft gegen das Reich. In diesen Dingen tritt uns der tschechische Volkscharakter als ein vom deutschen abweichender entgegen. Aus diesen Gefühlen und aus der Abneigung Frankreichs gegen das Reich heraus ist die Tschechoslowakei entstanden. Sie sollte einerseits dem Reiche und andererseits Oesterreich, also dem gesamten Deutschum Mitteleuropas, im Nacken sitzen. Das ist das Gesetz, nach dem sie angetreten ist. Und dieses Gesetz muß sie erfüllen!

Nach ihrer Verfassung und nach allen Äußerungen ihrer verantwortlichen Persönlichkeiten ist die tschecho-slowakische Republik eine „Demokratie“. Nach einem Worte des Ministerpräsidenten Dr. Hodza ist sie ein eigener, der dritte europäische Typ der Demokratie, der hier zutage tritt. In einem gewissen Sinne ist das richtig. Nämlich Kastengeist herrscht im tschechischen Volke nicht. Auch heute noch nicht, trotz Industrialisierung u. dgl. Das Volk ist im wesentlichen das alte Bauernvolk geblieben, das es in der Hussitenzeit war. Von einer Demokratie nach Art der angelsächsischen oder auch der französischen darf man in bezug auf die Tschechen nicht sprechen. Es wird sehr genau zwischen Gleichberechtigung und Gleichberechtigung unterschieden. Wirkliche Gleichberechtigung herrscht nur innerhalb des tschechischen Volkskörpers. Gegenüber den sogenannten Minderheiten, also auch gegenüber dem deutschen Volksteil, aber ist davon keine Rede.

Schon durch ihr bloßes Dasein ist die Tschecho-Slowakei als ein Gegner des Deutschen Reiches und der in ihm vereinigten Hauptmasse des deutschen Volkes zu werten: Als Nationalstaat der Tschechen ist es ihre Aufgabe, 3½ Millionen einheimischer Deutscher politisch unter volksfremder Herrschaft zu binden. Daß mit dieser Bindung auch politische Entrechtung, kulturelle Aushungerung und wirtschaftlich-soziale Verelendung verbunden sind, ist allgemein bekannt. Das gesamte Deutschum wird von dieser Tatsache mitbetroffen, da es damit rechnen muß, daß ein nicht nur an Volkskraft, sondern auch geistig und wirtschaftlich bedeutender Teil unseres Volkstums dort zugrunde geht und Staatsgrenze schließlich auch Volksgrenze wird, was die Gefahrenlage des Deutschen Reiches in Mitteleuropa erhöht. Das Staatsverteidigungsgesetz mit seinen sieben Durchführungsverordnungen, die das ganze Grenzgebiet mitten im Frieden in Ausnahmezustand versetzen, stellt den Sturmangriff auf dieses national anders geartete „Grenzgebiet“ und auf die letzten sudetendeutschen Arbeitsplätze dar. In dieser Hinsicht bildet es



die Krönung jenes Enteignungssystems, das nach dem Umsturz mit der Nicht-einlösung der Kriegsanleihe begann, mit der Bodenenteignung und Wälderverstaatlichung, mit den Bahnverstaatlichungen u. dgl. fortgesetzt wurde und dazu führte, daß die Deutschen im öffentlichen Dienst anstelle der ihnen zustehenden 23 v. H. nur 11 v. H. an Posten inne haben; und diese nur in den untersten Kategorien, so daß das Verhältnis eigentlich noch weitaus ungünstiger ist. Das sind lediglich die wirtschaftlichen Maßnahmen. In dasselbe Gebiet fallen die kulturellen Ausschaltungsmethoden, die durch die Spernung Laufender deutscher Schulklassen, durch Zeitungs-, Zeitschriften- und Bücherverbote gekennzeichnet sind und die Verschweigerung bzw. Tschechoslowakisierung dieses deutschen Volksteils in die Wege leiten sollen. Alle diese Maßnahmen haben das eine gemeinsame Ziel: Staatsgrenze und Volksgrenze ineinanderfließen zu lassen. Sie sind innerpolitische Auswirkungen des tschechischen Hussitentums. Es sind ihnen aber auch außenpolitische Folgen nicht abzusprechen. Denn es ist für das Deutschum Mitteleuropas durchaus nicht gleichgültig, ob tschechische Angriffslust durch einen nicht unbedeutenden deutschen Volksteil einigermaßen gezügelt wird oder ob sie sich frei entfalten kann.

Außenpolitisch und militärisch betrachtet stellt das Staatsverteidigungsgesetz die Erklärung des Zustandes der erhöhten Kriegsgesfahr, der Vorbereitung für alle Möglichkeiten, dar. Französische und russische Generalstäbler sind in der Grenzzone, die nahezu das ganze Siedlungsgebiet der Deutschen, Ungarn und Polen, das halbe der Slowaken umfaßt, am Werke, dieses Gebiet nicht nur zu einer Festung sondern auch zu einem Ausfallstor zu machen. Welche Staaten dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, zeigt ein Blick auf die Karte. Selbst die Slowaken sind beunruhigt, obzwar sie doch sozusagen zum „Staatsvolk“ gehören. In einer Eingabe an den Völkerbund hat die slowakische Richtung des Dr. Šellicka (Slowakischer Rat) auf die drohenden Gefahren hingewiesen. Aber auch im Prager Parlament wurde von der Richtung des Vater Hlinka, die trotz ihrer autonomistischen Forderungen auf dem Boden des gemeinsamen tschecho-slowakischen Staates steht, ernststen Besürchungen Ausdruck verliehen. Durch den Pakt Prag—Moskau sieht auch diese Richtung die Slowakei auf das Ernsteste bedroht.

Freilich betonen sowohl die Tschecho-Slowakei wie Sowjetrußland, daß ihre gegenseitigen Abmachungen „nur dem Frieden dienen“. Nun ist Rußerußland aber nicht ein Staat wie andere auch. Es ist gleichzeitig Sitz der Komintern, die von der russischen Regierung nicht zu unterschätzen ist und die kommunistische Weltrevolution als ihre Aufgabe betrachtet. Das ist nicht etwa unsere deutsche Auffassung allein. Auch in der Schweiz ist man sich darüber im Klaren, wie die Rede des Bundesrates Notta vom 10. Juni d. J. beweist, in welcher er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland ablehnte. In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich am 9. Juli d. J. die Londoner „Times“. Obzwar ein slawischer Staat und Angehöriger der Kleinen Entente, lehnt auch Südslawien bisher die Anerkennung Sowjetrußlands ab. Denselben Standpunkt nehmen in Europa Holland und Portugal und außerhalb Europas sämtliche südamerikanischen Staaten ein. Das gibt zu denken.

Rußland grenzt nicht an das Deutsche Reich und ist auch kein mitteleuropäischer Staat. Durch den Pakt Prag—Moskau aber ist es mittelbar ein solcher geworden. Auf dem Wege über Rumänien und die Tschechoslowakei wird es unmittelbar nach Mitteleuropa vorgeschoben und damit Nachbar des Reiches, Österreichs und Ungarns. Allein mit seiner ungeheuren militärischen Macht, die das mühsam ausbalancierte Gleichgewicht stört, bedroht es Mitteleuropa. Weitaus ernster noch aber durch seine weltanschauliche Machtstellung als Mittelpunkt und Hort der Idee einer kommunistischen Weltrevolution. Während diese asiatische Idee Europa bisher nur vom Rande her bedrohte, hat sie nun die Möglichkeit erhalten, es von der Mitte aus zu bedrohen. Das ist die große Gefahr, die das Bündnis Prag—Moskau in sich schließt.

Die Tschechen sehen diese Gefahr nicht, wollen sie nicht sehen. Vielleicht, weil Hussitentum und Bolschewismus einander ähneln. Ihnen dünkt die „deutsche Gefahr“, die ihren Geist verwirrt, die größere. Sie haben eine merkwürdige Geschichtsbetrachtung. Sie leben in dem ständigen Wahn, daß das deutsche Volk sie erdrücken will. Die Geschichte könnte sie eines andern belehren. Gerade jene

Zeit des frühen Mittelalters, in welcher Böhmen mit dem Reiche verbunden war, hat Böhmen und die Tschechen nicht erdrückt, sondern erhalten und beider Aufstieg gefördert. Zuerst unter den Přemysliden und später unter den Luxemburgern. Ein Blick auf das alte Prag, seinen Stadtschin und seine Karlsbrücke könnte jeden Tschechen eines Besseren belehren, um so mehr, als vor der Karlsbrücke das Denkmal Karls IV. steht, des Luxemburgers, Königs von Böhmen und Kaisers des Römischen Reiches deutscher Nation, ein Denkmal, das nicht gestürzt wurde wie die Denkmäler Kaiser Josefs II. Aber man hat sich unter dem Einfluß des Panlawismus und vielleicht auch aus einem raffischen Urtrieb heraus in eine Ideologie verrannt, die alles andere denn geschichtlich begründet ist und den reinsten Verfolgungswahn züchtet. Überall sieht der Tscheche das drohende Gespenst des (verbotenen) Hakenkreuzes. In allem und jedem sieht er die Hand der „Hakenkreuzler“. Es liegt auf der Hand, daß diese Angstpsychose vom Bolschewismus weidlich zu seinen Zwecken ausgenützt wird: Prag ist heute das mitteleuropäische Ausfallstor des Bolschewismus. Es kann in seinem unbegründeten Haß gegen das Deutschtum und in seiner ebenso unbegründeten Angst vor diesem sehr leicht in ein Abenteuer verwickelt werden, das die ärgsten Folgen für ganz Europa nach sich ziehen muß.

Ein Volk kann vom Wahnsinn erfaßt werden und dann eine Gefahr für andere Völker bilden. In dieser Gefahrenlage befindet sich heute das tschechische Volk. Selbst wenn seine Lenker nicht die Absicht haben, aggressiv zu werden, kann niemand wissen, ob unter dem Einfluß von Moskau ihnen nicht eines Tages das Heft aus der Hand gleitet. Denken wir an die Hussitenkriege! Damals wurde das kleine tschechische Volk zur mitteleuropäischen Gefahr. Das war vor 500 Jahren. Um so mehr wird es zu einer Gefahr, wenn es mit einer Macht verbündet ist, deren Hauptkraft in Asien liegt und die von einer Idee beherrscht wird, die jener vergleichbar ist, die unter dem Namen Islam vor einigen Jahrhunderten das Herz Europas bedrohte. 1529 und 1683 standen die Türken vor Wien; bis über das Jahr 1700 hinaus beherrschten sie einen Großteil Ungarns. Es ist kein Wunder, daß Ungarn heute unwillkürlich an jene Zeit erinnert wird, kein Wunder, daß auch das deutsche Volk an die Hussiten- und Türkenkriege denkt. Erregung da, Erregung dort, und ein neuer Weltbrand kann vor der Lüre stehen. Das alle sollte man sich in Prag um so mehr vor Augen halten, als ja dort Pläne zur Neugestaltung Mitteleuropas erwogen werden. Man möge in Prag bedenken, daß man mit dem Bolschewismus als Bundesgenosse Mitteleuropa nicht zu erneuern vermag, nachdem man im Jahre 1918 in hussitischem Geiste wesentlich zu seiner Zertrümmerung mit beigetragen hat, sondern daß man es höchstens in ein Chaos stürzen kann. Rudolf Jung.

## Tschechische „Freunde“ der Lausitz

Während sich früher nur die tschechische Presse mit der Lausitz beschäftigt hat, findet man seit einer Reihe von Jahren immer häufiger auch in den Zeitungen und Zeitschriften anderer Länder Artikel, die sich in einem ausgesprochen deutschfeindlichen Sinne mit den Verhältnissen in der Lausitz befassen. Bei einem Vergleich dieser Artikel fällt auf den ersten Blick die oft beinahe wörtliche Uebereinstimmung der Formulierungen auf, was die Vermutung nahelegt, daß sie alle aus der gleichen Quelle stammen. Immer wieder heißt es da, daß die Lausitzer „von den deutschen Nationalisten außerordentlich bedrückt“ werden, daß sie „unfähig unter der deutschen Fremdherrschaft leiden“, und was dergleichen Redensarten noch mehr sind. Einige Beispiele sollen aufgeführt werden.

Der „Lausitz-wendische Bistnik“, (das Mitteilungsblatt der tschechischen „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“), schrieb am 15. März d. J.: „Die Deutschen ordnen die vollständige „Gleichschaltung“ der lausitzer Wendan an. . . Die Verhältnisse in der Lausitz erreichen einen kritischen Stand. Es geht um die Existenz des slawischen Volkes in Deutschland. . . Alle Freunde der Gerechtigkeit und Wahrheit haben nunmehr die Pflicht, die öffentliche Meinung der Welt für die Rettung der lausitzer Wendan zu gewinnen.“ In der Zeitschrift „Bezdez“ schrieb der tschechische Professor Josef Pata am 3. Mai d. J.: „Die Lausitzer werden vor allem wegen ihrer Beziehungen zu uns (d. h. den Tschechen) verfolgt. . . Die Lausitzer drücken sich ängstlich an den Boden, als ob sie sich vor den einschlagenden Blitzen des deutschen Nationalismus schützen wollten. . .“

Ueber der Lausitz breitet sich eine verderbenbringende Dämmerung aus. Es verschwand alles Licht, es ging die lausitzer Gottessonne unter, ringsumher herrscht Kühle."

In demselben Sinne berichtete vor kurzem die in Paris erscheinende Zeitschrift „L'Entente Franco-Slave“, die von dem Tschechen W. Darras herausgegeben wird, über die angebliche „Unterdrückung“ der Lausitz. Am 7. Dezember v. J. wurde in der Französischen Ethnographischen Gesellschaft an der Pariser Sorbonne unter dem Protektorat des Staatsministers Louis Marin, des Vorsitzenden der französischen „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“, auf Grund des von dem Prager Professor Lohacek übersandten Materials ein Vortrag über die Lausitz gehalten. Die englische Zeitschrift „The Slavonic and East European Review“ befaßte sich kürzlich ebenfalls mit dem, wie sie es nannte, „traurigen Schicksal der lausitzer Wenden im heutigen Deutschland“. Sehr bezeichnend für den Geist, in dem von feindlicher Seite in der lausitzer Angelegenheit gegen Deutschland gearbeitet wird, ist auch eine Unterredung des Berichterstatters der tschechischen Zeitung „Narodni listy“ mit dem Belgier August Biercet, dem Verfasser des Heftbuches „Un Peuple martyr“: „Mein Buch“, hat Biercet danach gesagt, „rief in ganz Belgien Verwunderung und Mißtrauen hervor. Es wurde einfach nicht geglaubt, daß in einer solchen Nähe ein Volk existiert, von dem einfach nichts bekannt ist. Da erkannte ich erst, was für Erfolge die Deutschen durch die Fälschung der Geschichte (!) und durch ihre Organisationsmethoden zu erreichen imstande sind. Und das ist es, warum es hinsichtlich der lausitzer Wenden notwendig ist, nachdrücklich und unaufhörlich deren Existenz in die Welt zu posaunen und ihre Leiden (!) zu verkünden, wenn wir wollen, daß jene, die für das Recht und die Gerechtigkeit Sorge zu tragen haben, nicht die unterdrückten lausitzer Wenden vergessen.“

Mit diesen Beispielen soll es genug sein. Wenn auf diese Weise „die lausitzer Frage in die Welt hinausposaunt“ wird, so ist das in der Hauptsache das Werk der tschechischen „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“. Der Geschäftsführer dieser Gesellschaft sagte auf der Generalversammlung am 22. März d. J. „Im Bemühen, den lausitzer Wenden Hilfe zu leisten, lassen wir nicht nach; unsere Arbeit werden wir in unvermindertem Maße fortsetzen und vor allem der Informativierung des Auslandes über die Verhältnisse in der Lausitz die größte Aufmerksamkeit schenken.“ Die tschechische „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“ hat bereits in verschiedenen Ländern Tochtergesellschaften ins Leben gerufen, so in Frankreich, Polen, Südslowenien und anscheinend auch in England.

Daraus geht hervor, daß es das Ziel der tschechischen Arbeit ist, die Weltmeinung systematisch zu dem Glauben zu erziehen, daß es notwendig sei, die Lausitzer von der deutschen „Bedrückung“ zu befreien, und das heißt nach dem tschechischen Sprachgebrauch: die Lausitz mit dem tschechischen Staat zu vereinen. Diese Forderung wurde ja schon bei den Verhandlungen über das Versailler Diktat nachdrücklich von der amtlichen tschechischen Vertretung erhoben, damals allerdings ohne Erfolg. Einer der Gründe dafür, daß einzelne, durchaus nicht etwa alle Ententevertreter damals auf die tschechischen Wünsche nicht eingingen, war, daß die Zahl der wendisch sprechenden Menschen als zu gering erachtet wurde, um eine Losreißung von Deutschland rechtfertigen zu können.

In den Kreisen der führenden tschechischen Nationalisten hat man aus dem damaligen Mißerfolg anscheinend gelernt. Seit einiger Zeit spricht man nämlich nicht mehr so sehr von den „Wenden“ oder „Sorben“, sondern von den „Lausitzern“ schlechthin. Man sagt also nicht mehr: „wendischer“ Verein und „wendische“ Presse sondern „lausitzer“ Verein und „lausitzer“ Presse. Ebenso bezeichnet man die Bewohner der Lausitz nicht mehr als „wendisch sprechende“, sondern als „lausitzisch sprechende“ Menschen. Das heißt, daß man ganz planmäßig darauf hinarbeitet, der Weltöffentlichkeit die gesamte lausitzer Bevölkerung als „germanisierte Slawen“ vorzustellen. Die tschechischen territorialen Forderungen sind in dem seiner Zeit der Entente überreichten Memorandum festgelegt worden. Dessen wesentlicher Inhalt ist in der Broschüre von Hanus Ruffner „Unser Staat und der Weltfrieden“ wiedergegeben. Danach forderten die Tschechen in Versailles von Deutschland Gebiete, die durch folgende Linie gekennzeichnet sind: Ratibor D.-S., Breslau, Frankfurt a. D. bis dicht vor Berlin, Jüterbog, Riesa, Dresden, Dohna, Marienberg, Hof, Regensburg, Passau! Eine solche Grenze ist damals nicht etwa von einem einzelnen Phantasten, sondern mit aller Ernsthaftigkeit von der autorisierten Vertretung des tschechischen Staates als die „gerechte Lösung“ angesprochen worden. Es ist begreiflich, daß bei der heutigen veränderten außenpolitischen Lage derartige verbrecherische Pläne

offiziell nicht mehr vertreten werden. Sie gehören aber nach wie vor zum gebräuchlichen Gedankengut nicht nur führender tschechischer Nationalisten, sondern des überwiegenden Teiles des tschechischen Volkes. Immer wieder werden sie, wenn auch meist schamhaft verhüllt, zur Debatte gestellt. Immer wieder wird vor allem von den „unerböten slawischen Brüdern in der Lausitz“ gesprochen. Und immer wieder erscheinen Bücher wie die im vergangenen Jahre veröffentlichte Broschüre des tschechischen Staatsrechtlers Jan Kapras „Die Lausitz und der tschechische Staat“, in der dieser den Versuch unternimmt, den tschechischen Anspruch auf die Lausitz „staatsrechtlich“ zu untermauern.

Den tschechischen Behauptungen über das Volkstum der Lausitz genügt es, folgende Tatsachen entgegenzustellen. Das ganze Gebiet war von der Steinzeit an, durch die Bronzezeit und die Eisenzeit bis in das 7. Jahrhundert hinein nach den Ergebnissen einwandfreier wissenschaftlicher Forschung von Menschen besiedelt, die mit Bestimmtheit keine Slawen waren. 5000 Jahre, über die Bodensunde und geschichtliche Zeugnisse berichten, waren vergangen, ehe zum ersten Male Menschen slawischen Stammes in der Lausitz auftauchten. Selbst ein so starker Deutschengegner wie Masaryk mußte dies anerkennen; schreibt er doch in seinem Buche „Das neue Europa“: „Nach den neuesten Forschungen werden die noch geschlossen siedelnden Slawen in das Gebiet nördlich der Karpaten, etwa von Warschau und Krakau bis nach Kiew, verlegt. Von hier aus mögen sie im 2. Jahrhundert n. Chr. ihre Wanderungen begonnen haben.“ Die Bodensunde in der Lausitz ergeben eindeutig, daß erst im 8. und 9. Jahrhundert von einer flächenhaften slawischen Besiedlung in einigen eng umgrenzten Teilgebieten der Lausitz die Rede sein kann. Und selbst in diesen ist es mangels einer tragenden Führerschicht niemals zu einer zusammenfassenden Staatsbildung gekommen. So ist es verständlich, daß die deutsche Wiederbesiedlung die Lausitz sehr bald dem deutschen Volke reflexlos zurückzugewinnen vermochte. Deutsche waren es, die erstmalig die Wälder rodeten, den Boden urbar machten, Dörfer und Städte bauten. Noch immer aber ist es so gewesen, daß der, der den Boden durch seine Arbeit gewinnt und fruchtbar macht, allein ein „historisches Recht“ auf diesen Boden besitzt.

Daran können auch die territorialen Verträge zwischen vergangenen Dynastien nichts ändern, die es mit sich brachten, daß die Lausitz vorübergehend als Lehen zur böhmischen Krone kam. Ihre Rückkehr zu Sachsen im Jahre 1635 als eine „Abreißung vom tschechischen Staate“ zu bezeichnen, ist ein völliger Mißgriff. Denn einmal haben die Lausitzer selbst niemals in irgendeiner, auch noch so losen Verbindung zum tschechischen Volkstum gefaßten; und außerdem hat Böhmen, als die Lausitz zu ihm gehörte, ja selber einen Teil des Deutschen Reiches gebildet, so daß der König von Böhmen die Lausitz lediglich als deutscher Reichsfürst als Lehen zugesprochen erhielt. Die zeitweilige Verbindung der Lausitz mit der böhmischen Krone war ausschließlich eine dynastische Angelegenheit, der keinerlei volkspolitische Bedeutung zukam. Wie es schon in früheren Jahrhunderten um das völlige Bewußtsein der lausitzer Menschen bestellt war, das haben eindeutig die Hussitenkriege gezeigt: Damals, also zu einer Zeit, in der der tschechische Nationalismus zum ersten Male mit seinen Eroberungsgelüsten in deutsche Lande einbrach, hätte die Bevölkerung der Lausitz ungehindert zur „slawischen Mutter zurückkehren“ können, — wie heute die sentimentale tschechische Redensart lautet. Statt dessen aber setzte sich die ganze Bevölkerung der Lausitz wie ein Mann gegen die tschechischen Raubzüge zur Wehr.

Maßgebend für territoriale Forderungen, die heute erhoben werden, können übrigens niemals längst verstaubte Verträge und längst überholte Ereignisse sein. Ausschlaggebend kann immer nur die Lage der Gegenwart sein. Diese spricht aber völlig klar und eindeutig gegen die Tschechen. In der tschechischen und sonstigen deutschfeindlichen Presse wird immer wieder von 150 bis 200 000 „Wenden“ in der Lausitz gesprochen. In Wirklichkeit sind schon bei der Volkszählung von 1925 nur noch 70 000 wendischsprechende Menschen in der Lausitz festgestellt worden, die folgendermaßen auf die einzelnen Verwaltungsbezirke verteilt waren: Preussische Niederlausitz 22 000, Preussische Oberlausitz 20 000 und Sächsische Oberlausitz 28 000. Seitdem ist die Zahl dieser auch wendischsprechenden Deutschen noch beträchtlich gesunken. Sie beträgt heute kaum noch 7 v. H. der rund 750 000 Menschen zählenden Einwohner der Lausitz. Zu diesen Zahlen ist noch zweierlei zu bemerken: 1. sprechen alle Personen, die in der Statistik als „wendischsprechend“ aufgeführt sind, auch deutsch; der wendische Dialekt wird

von ihnen nur als Hausprache benutzt und 2. wäre es völlig verfehlt, den hier als wendischsprechend angeführten Bewohnern der Lausitz ihr Deutschtum abzusprechen zu wollen. Ihr immer wieder durch Laten unter Beweis gestelltes Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft ist so völlig über jedem Zweifel erhaben, daß es müßig wäre, darüber überhaupt auch nur ein Wort zu verlieren.

Nur zwei Tatsachen seien verzeichnet: Der im Jahre 1918 von einem in tschechischem Golde stehenden Jogen, „Wendischen Nationalrat“ unternommene Versuch, einen Anstoß der Lausitz an die Tschechei, bezw. eine lausitzische Autonomie zu erreichen, scheiterte an dem geschlossenen Widerstande der gesamten, und auch gerade der wendischsprechenden Bevölkerung, die sich mit Abscheu von dem Volkserrat der bezahlten Provokateure abwandte. Dann unternahmen in der Systemzeit einige Leute, die sich als „Wendensführer“ firmierten, den Versuch, eine wendische Volksbewegung auf die Beine zu stellen. Trotzdem ihnen dabei von keiner Seite auch nur die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, war das Ergebnis geradezu kläglich: kaum 700 wendischsprechende Menschen ließen sich dazu verleiten, diese in allslawischen Gedankengängen lebende „Bewegung“ zu unterstützen. Oerwäg gibt es einige Leute, die mit dem allslawischen Gedanken liebäugeln und aus materiellen oder auch aus irgendwelchen romantischen Gründen ihre Kinder im tschechischen oder polnischen Sinne erziehen, Menschen, die unter dem Deckmantel der kulturellen Arbeit für „das wendische Volk“ ihr politisches Süppchen zu kochen versuchen. In der Bevölkerung aber vermögen sie, sobald nur ihre mehr oder weniger geschickten Lärnungsversuche einmal aufgedeckt sind, keinen Anhang zu finden.

Die „Gesellschaft der Freunde der Lausitz“ muß sich darüber klar sein, daß ihre freundschaftlichen Gefühle in der Lausitz keinen Widerhall finden. In der Lausitz selbst verzichtet man auf alles, was diese aufdringlichen „Freunde“ zu bieten vermögen. Denn in der Lausitz weiß man genau, daß sich hinter dieser „Freundschaft“ so reale und gewalttätige Ziele verbergen, wie Kuffner sie in seiner Broschüre sehr unverblümt mit den Worten ausgesprochen hat, daß es keine dauernde Freiheit der tschechischen Nation geben werde, „wenn nicht dem bisherigen Gewalttäter (= Deutschland) all das entrisßen wird, was er sich mit Gewalt angeeignet hat und was der Tscheche unerläßlich braucht.“

Das Erstaunlichste an dieser ganzen Agitation um die Lausitz aber ist dies: daß sie von einem Volke ausgeht, das vor der Geschichte mit dem Verbrechen belastet ist, 3½ Millionen Deutsche auf unmensliche Weise durch Gewalt und Hunger nahezu zugrunde gerichtet zu haben. Der Anspruch, sich zum Hüter von Recht und Gerechtigkeit aufzuwerfen, kann einem Volke wie dem tschechischen nicht zugebilligt werden. Heinz Brückner.

## Ostland - Chronik

### Deutsche Kinder in polnischen Ferienlagern!

Es ist von sachkundiger Seite schon häufig darauf hingewiesen worden, daß die Verschickung „polnischer“ Kinder nach Polen im Zuge des deutsch-polnischen Kinder- austausches nichts anderes als eine groß angelegte Polonisierungsaktion ist. Es ist festgestellt worden, daß vom Polenbund alljährlich eine erhebliche Anzahl von Kindern wirtschaftlich schlecht gestellter Eltern, die bisher noch niemals etwas mit der polnischen Volksgruppe oder polnischen Organisationen zu tun gehabt haben, für die Ferienverschickung förmlich angeworben werden. Nur ein Teil der Kinder, die alljährlich nach Polen gehen und dort in Lagern oder sonstwie untergebracht werden, pflegen von

ihren Eltern aus eigenem Antrieb zur Verschickung angemeldet zu werden. Immer sind zahlreiche Kinder dabei, deren Eltern nur aus wirtschaftlicher Not den polnischen Werbern ihre Kinder anvertrauen. Es läßt sich leicht denken, welches die volkspolitischen Folgen eines vier- und mehrwöchigen Aufenthaltes solcher Kinder in rein polnischer Umgebung sind. Fast durchweg kommen sie zum ersten Mal in ihrem Leben aus ihrer engen dörflichen Umgebung heraus; ihre Jugend wird von den Eindrücken der großen Städte, die ihnen gezeigt werden, der Pflege, die ihnen zuteil wird, der nationalpolnischen Propaganda, der sie ausgesetzt sind, erfüllt. Sie kommen oft anders zurück, als sie weggefahren sind. Und was das Wichtigste ist, ihre Eltern

fühlen sich den polnischen Organisationen, die ihren Kindern zu diesem Ferienaufenthalt verholfen haben, verpflichtet. Es ist festgestellt worden, daß solche Kinder nach ihrer Rückkehr aus der deutschen in die polnische Schule umgeschult worden sind. Der politische Zweck der Verschickung, den die polnischen Organisationen verfolgen, ist damit erreicht. Daß das so ist, daß nicht nur polnische Kinder im Rahmen des deutschpolnischen Kinderaustausches nach Polen geschickt werden, hat vor kurzem ein Bericht des nationaldemokratischen „Dziennik Narodowy“ beleuchtet. Dort heißt es, daß die Kinder, die in diesem Jahre in die Ferienkolonien nach Polen gekommen sind, kaum polnisch sprechen können, daß sie zum Teil deutsche Vornamen tragen (was auf das deutsche Volkstumsbekenntnis ihrer Eltern hinweist), daß ihnen das Mitsingen der polnischen Lieder, die in den Lagern eingeübt werden, äußerst schwer falle, u. a. m. Der Berichtstatter, der sich mit vielen dieser Kinder unterhalten hat, erzählt u. a. einen typischen Fall: Er habe einen der aus Deutschland gekommenen Jungen gefragt, ob er polnisch sei, und der Junge habe diese Frage schlankwegs verneint; dann sei er verlegen geworden und habe zu weinen begonnen. Man sieht, daß durch eine derartige Auswahl der nach Polen verschickten Kinder, wie sie die polnischen Organisationen betreiben, die Jugend in Gewissenskonflikte gestürzt wird, die geeignet sind, ihr das moralische Rückgrat zu brechen, und eine seelische Verwüstung angerichtet wird, die sich schwer verantworten läßt.

#### Eichendorff und das Schulkuratorium

Die im vergangenen Jahre eröffnete deutsche Privatschule in Dirschau, die an die Stelle der von den Polen zwangsweise geschlossenen deutschen Schulen getreten ist, wurde bei ihrer Einweihung nach dem Dichter Joseph von Eichendorff genannt. Gegen diese Namensgebung hat nun das Schulkuratorium in Posen Einspruch erhoben, und zwar mit der sonderbaren Begründung, daß der Name dieses Patrons nicht der erzieherischen Aufgabe der Schule entspreche, daß vielmehr nur eine Persönlichkeit in Frage kommen könne, „die sich entweder um die Idee der deutsch-polnischen Verständigung verdient gemacht hat, oder aber eine Persönlichkeit aus der Literatur

oder dem kulturellen Leben ist“. Man wird nicht bestreiten können, daß Eichendorff, der Schöpfer der romantischen Dichtung in Deutschland, der erste dichterische Gestalter des ober-schlesischen Landes, der bedeutendste Vertreter einer deutschen Literaturepoche, die auch auf das polnische und das slawische Geistesleben überhaupt stark eingewirkt hat, „eine Persönlichkeit aus der Literatur oder dem kulturellen Leben“ ist. Daß das Posenener Schulkuratorium so wenig von Eichendorff weiß, muß man gerade bei diesem Oremium als einen höchst bedauerlichen Mangel an Allgemeinbildung bezeichnen. Die Deutsche Akademie in München wird dem Kuratorium vielleicht einmal Eichendorffs gesammelte Werke zur gelegentlichen Kenntnisnahme zuzeiten. Wenn dieses Oremium dann trotzdem noch der Ansicht sein sollte, daß Eichendorff nicht würdig ist, einer deutschen Schule als Patron zu dienen, so könnte man ihm ja verschiedene andere Vorschläge machen. Als passend könnte man z. B. ja auch den Namen des deutschen Meisters Leit Stof empfehlen, dessen bedeutendstes Kunstwerk, der Altar der Marienkirche in Krakau, auch im heutigen Polen so allgemein geschätzt wird, daß manche Kreise den Wunsch verspüren, den Deutschen Leit Stof zu verwandeln. Man könnte aber auch z. B. an den Namen von Herzbergs denken, der als Außenminister Friedrich des Großen jenes Bündnis mit Polen abschloß, durch das er diesen untergehenden Staat zum letzten Male vor der Zerschlagung durch den russischen Zarismus zu retten versuchte, ein Bündnis, daß freilich ohne Erfolg bleiben mußte, weil der innere Zerfall Polens damals schon zu weit fortgeschritten war, um noch durch den politischen Beistand eines anderen Staates gerettet werden zu können. Vielleicht käme auch der Name des Posenener Oberpräsidenten von Flottwell in Frage, der zwar den ungezügelt und reaktionären polnischen Adel ein wenig hart angefaßt hat, dem man aber nicht bestreiten kann, daß er durch seine Tätigkeit die Grundlagen des sozialen und kulturellen Aufstiegs des polnischen Bauerntums in Posen gelegt hat. Die Auswahl passender Namen ist groß. Aber vielleicht denkt das Posenener Schulkuratorium an einen ganz anderen Menschentyp, wenn es von der „Idee der deutsch-polnischen Verständigung“ spricht: vielleicht denkt es an einen Menschentyp, der durch den Namen des Herausgebers des „Kurjer Pognanski“, Leitgeber, hinreichend gekennzeichnet ist.

### Deutsch-polnischer Jugendaustausch

Die im vergangenen Jahre von der Hitlerjugend aufgenommene Fühlung mit polnischen Jugendorganisationen (Austauschsendungen im Rundfunk usw.) ist in letzter Zeit fortgeführt worden. Im Juli wird eine Gruppe der Hitlerjugend für drei Wochen an einem Zeltlager der Jmka, einer polnischen christlichen Studentenvereinigung, teilnehmen. Im Anschluß daran wird eine Jmka-Gruppe ein Zeltlager der Hitlerjugend bei Frankfurt am Main besuchen. Weiterhin ist ein Segelfliegeraustausch in Aussicht genommen. Auch wird eine Vertretung der akademischen „Liga zur Förderung der internationalen Annäherung“ an der Kulturtagung der Reichsjugendführung in Heidelberg teilnehmen. Ebenso wird der Weltkongreß für Freizeit und Erholung in Hamburg von polnischen Jugendvertretern besucht werden. Die einschlägigen Besprechungen mit den polnischen Jugendführerkreisen wurden in Warschau,

Posen und Rattowitz von Gebietsführer Schulze geführt.

### Verbotene deutsche Bücher

Bei wiederholten behördlichen Revisionen in der Deutschen Bücherei in Posen wurden in letzter Zeit folgende deutsche Bücher beschlagnahmt: Werner Beumelburg: „Deutschland in Letten“, Erich Ezech. Kochberg: „Hitler“ und „Deutsche Geschichte — nationalsozialistisch gesehen“, Gottfried Feder, „Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken“, Otto Dietrich: „Mit Hitler in die Macht“, Arnold Krieger: „Das Blut der Lysa Gora“, Stanislaus Mornik: „Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen“, Alfred Rosenberg: „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ und „Blut und Ehre“, schließlich Karl Schenzinger: „Der Hitlerjunge Quax“. Die Beschlagnahmungen erfolgten, obwohl die polnischen Behörden bisher noch keine Liste der verbotenen Bücher veröffentlicht haben.

## Bücher über den Osten

Der Deutsche Osten. Seine Geschichte, sein Wesen und seine Aufgaben. Unter diesem Titel erschien vor kurzem ein Propagandaverlag, Berlin, ein umfangreiches Werk. (Herausgegeben von Karl E. Thalheim und A. Hillen Ziegfeld. 624 Seiten. Preis brosch. 22 *R.M.*, Ganzleinen 26 *R.M.*, Halbleder 29 *R.M.* Mit 29 Kunstdruckbeilagen und mehreren hundert Bildern und Karten im Text.) Das Buch, an dem 22 meist namhafte Kenner des Ostens mitgewirkt haben, könnte nach dem Aufwand an Arbeit und Mitteln, die darauf verwandt worden sind, wohl als das Standardwerk über den deutschen Osten ausgesprochen werden. Gewisse Schwächen, die dem Buch anhaften, verbieten es aber, ihm diese Geltung zuzusprechen. Wenn nachstehend diese Schwächen erwähnt werden sollen, so bedeutet das nicht, daß das Buch völlig abgelehnt werden soll. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß die einzelnen Beiträge in dem, was sie enthalten, zumeist einer kritischen Betrachtung standhalten können. Sie bieten in ihrer Gesamtheit eine überwältigende Fülle von Material, ein Reichtum an Wissen, wie er in einem anderen Buche über den deutschen Osten bisher wohl kaum zusammengestellt worden ist. Auf alle einzelnen Beiträge einzugehen, ist hier nicht der Raum. Nur einzelne seien erwähnt: Max Hilbert Voehm stellt den Zusammenbruch des deutschen Volkes im Osten in einen weitgefaßten geschichtlichen Rahmen hinein. Erich Lindow gibt eine stark zusammengefaßte Darstellung des durch die

Jahrhunderte dauernden Kampfes zwischen Danzig und Polen. Rudolf Grau bringt sorgfältig formulierte Betrachtungen über die russischen Grundlagen des ostdeutschen Volkstums. Hermann Lubin und Erich Mascher geben einen gut durchgearbeiteten Aufriß der ostdeutschen Geschichte. Uff.

Es wäre Aufgabe der Herausgeber gewesen, dafür zu sorgen, daß die Beiträge der 20 anderen Mitarbeiter nach sachlicher Abgrenzung und politischer Haltung auf einander abgestimmt werden. Die Gefahr der Uneinheitlichkeit, an der die meisten geößeren Sammelwerke zu scheitern pflegen, haben die Herausgeber jedoch nicht genügend beachtet.

1. Fast jeder der Mitarbeiter hat für die Abgrenzung des Raumes, den er unter dem Begriff „Deutscher Osten“ verstanden wissen will, eine andere Formel gefunden. Paul Fechter sagt in seiner Arbeit über das ostdeutsche Volkstum, daß „der eigentliche Osten“ erst östlich der Weichsel beginne, und schließt demgemäß fast ausschließlich das Volkstum Ostpreußens in den Kreis seiner Betrachtungen ein. Gustav Lubin legt in seiner Darstellung der ostdeutschen Wirtschaftsgeschichte die Trave-Elbe-Saale-Linie als die Westgrenze Ostdeutschlands fest, während Karl Thalheim in seinem Beitrag über die ostdeutsche Wirtschaft der Gegenwart das Land und die Provinz Caxhen, auch soweit sie östlich der genannten Linie liegen, als „nicht ostdeutsch“ aus seiner Betrachtung herausnimmt. Friedrich Andrae wiederum beschränkt seine Darstellung des ostdeutschen

Geisteslebens in der Hauptsache auf Ostpreußen und Schlesien und greift von dort aus auch nebenbei auf Mecklenburg, Pommern und Brandenburg über. Usw. Diese verschiedenartige räumliche Abgrenzung löst sich in jedem Sonderfalle vielleicht mehr oder weniger überzeugend begründen; in dem vorliegenden Werk aber führt dieses Nebeneinander dazu, daß der eigentliche Prozet des Buches: eine allseitige Darstellung des gesamten deutschen Ostens zu geben, nicht erreicht wird. Man fragt sich zum Schluß, was nach der Meinung der Herausgeber nun eigentlich „Ostdeutschland“ ist. Der auf der programmatischen Kartenskizze von Hillem Piesfeld umrissene Raum von Ostpreußen bis Schlesien und von Mecklenburg bis zur Bapierischen Ostmark wird jedenfalls in keinem einzigen Beitrag in seinem ganzen Umfang erfaßt.

2. Als ein Mangel des Buches muß es auch bezeichnet werden, daß der ostdeutsche Raum in Bezug auf seine Abgrenzung nach Osten hin rein staatl. aufgefaßt worden ist. Der fruchtbarere und außenpolitisch durchaus unbedenkliche Begriff der deutschen Kulturlandschaft, den Walter Geisler seiner Betrachtung über den „Raum Ostdeutschland“ zugrundegelegt hat, ist von den anderen Mitarbeitern, denen er gleichfalls gute Dienste hätte leisten können, nicht aufgegriffen worden. So kommt es, daß das Buch auf die sehr nahe liegende Frage, was denn nun aus den abgetretenen Gebieten wirtschaftlich, politisch, völkisch und kulturell geworden ist, keine Antwort erteilt. Diese Gebiete sind völkisch in höchst unzulänglicher Weise in einem Beitrag von Karl Thalheim über das „deutsche Vorfeld“ und politisch nebenbei in der Arbeit von Otto Hoersch über die „Nachbarstaaten im Osten“ abgetan worden. Es kommt noch hinzu, daß das ganze Buch, wenn man von dem einen kleinen Beitrag von Kurt Traupler über die Bapierische Ostmark absteht, den deutschen Südoften überhaupt nicht beachtet, den sudetendeutschen Raum nur mit ganz seltenen Seitenblicken erfaßt und Deutschösterreich, die eigentliche deutsche Südostmark, fast gar nicht erwähnt. Es hätte zum mindesten klar herausgestellt werden müssen, daß der deutsche Osten weder in Passau, noch in Kattibor endet.

3. Die Grundhaltung des Buches wird den Anforderungen nicht gerecht, die an ein Werk gestellt werden müssen, das den Anspruch erheben will, wegbereitend für den Gedanken des deutschen Ostens zu sein. Von einzelnen Beiträgen abgesehen, findet das Buch den Anschluß an die Gegenwart nicht. Es wird in ihm zu viel Geschichte geschrieben. Mag Hildebert Boehm tut das auch; aber er tut das in seinem geistvollen Beitrag in einer Weise, die unmittelbar in die Aufgaben und Problemstellungen der Gegenwart hineinweist. Die meisten anderen Mitarbeiter sind ihm auf diesem Wege nicht gefolgt. Sie bleiben zumeist an der Vergangenheit haften. Das ist es, was die Kattowitzer

„*Polaka Zachodnia*“ dazu veranlaßt hat, davon zu sprechen, daß das Buch von einer gewissen Verzichtsstimmung beherrscht ist, — was dieses betont deutschfeindliche Blatt mit sähbarer Schadenfreude verzeichnet.

Die mehreren hundert Bilder und Karten geben dem umfangreichen Werk einen erfreulichen Ausdruck. Hillem Piesfeld hat erneut seine Meisterschaft in der kartennäßigen Veranschaulichung geschichtlicher und sonstiger Tatbestände unter Beweis gestellt.

Zusammenfassend kann noch einmal folgendes festgestellt werden: Die einzelnen Beiträge sind fast durchweg brauchbar und zuverlässig. In ihrer Gesamtheit aber fallen sie den Rahmen, der ihnen gestellt ist: ein allseitiges Bild des ganzen deutschen Ostens zu geben, nicht aus. Politisch gesehen ist das Buch in der Hauptsache eine Bilanz des Gewesenen.  
Dr. Kredel

**Einjam kämpft das Wolgaland.** Ein Bericht aus sieben Jahren Krieg und Revolution 1914 bis 1921. Von Georg Löbbsack. Verlag R. Weigländer, Leipzig 41, 1930. Preis Reinen 2,50 R.M. — Es ist in den letzten Jahren manches über den Untergang der Deutschen in der Sowjetunion geschrieben worden. Aber fast stets hat es sich dabei nur um die Darstellung äußerer Vorgänge gehandelt; fast niemals ist das Erleben der Deutschen selbst dargestellt worden. Das tut Löbbsack in seinem Buche, in dem er die Zeit des Weltkrieges und des Kriegskommunismus so schildert, wie der deutsche Kolonist an der Wolga sie erlebt hat, als ein Mensch, der ebenso an seinem Volkstum festhält wie er Rußland liebt. Löbbsack bietet tiefe Einblicke in das Wesen der russlanddeutschen Menschen; er schildert, wie sie, bis sie der Hunger zu vielen Tausenden umwarf, immer wieder versuchten, ihr Kolonistentum und ihr Deutschtum gegen Verfolgung und Unterdrückung, gegen Kriegsspionage und Bolschewismus zu behaupten. Sein Buch ist ein Erlebnisbericht, der öfters in geschichtliche Ereignisse zurückgreift, von wirtschaftlichen und politischen Vorgängen erzählt, über volkstümliche Dinge berichtet, die handelnden Menschen in ihrer Ganzheit erfaßt und so die große Tragödie des Unterganges eines Teiles des deutschen Volkes behandelt. Es gibt kaum ein anderes Buch, das dem „Deutschländer“ den Wolgakolonisten innerlich so nahe zu bringen vermag.  
Dr. R.

**Berichtigung.** In „Ostland“ Folge 13, Seite 170, 10. Zeile von unten ist ein Druckfehler unterlaufen: es muß, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, heißen: „Die antirevisionistische Zielsetzung der Kleinen Entente ist für Südslawien bei weitem nicht mehr so aktuell, wie es Prag und Bukarest gern wahr haben möchten.“